



Niedersachsen



Layout: Deutsche Brandwundenstiftung

Petra Krause-Wloch (rechts) wirbt mit einem Plakat für die Stiftung.

Unterstützung und Hilfe für Brandverletzte

Über 1800 Menschen haben 2011 in Deutschland schwere Brandverletzungen erlitten. Unterstützung erhalten die Betroffenen vom Bundesverband für Brandverletzte, der sich auch für die Gründung von Selbsthilfegruppen einsetzt. Um solche Gruppen zu unterstützen, soll nun eine Stiftung gegründet werden.

Geleitet wird der Bundesverband für Brandverletzte vom SoVD-Mitglied Petra Krause-Wloch. Die 59-Jährige hat 1991 bei einem Verkehrsunfall selbst schwere Verbrennungen erlitten und engagiert sich seitdem für die Interessen von Brandverletzten, berät sie und ihre Angehörigen und tauscht sich mit Verbrennungsmedizinern und Pflegepersonal aus. Angeregt durch niederländische Organisationen plant Krause-Wloch derzeit, die Deutsche Brandwundenstiftung zu gründen. „Wir als Bundesverband erhalten nur eine geringe Förderung, derzeit sind es etwa 6000 Euro im Jahr. Davon müssen wir laufende Kosten decken, was meistens aber gar nicht möglich ist“, erzählt sie.

Um Selbsthilfegruppen und ihre Projekte zu finanzieren, soll nun die Stiftung ins Leben gerufen werden. Denn die Salzheimendorferin weiß: „Viele Brandopfer setzen sich nicht mit ihren Verletzungen auseinander und werden später von Erkrankungen wie etwa einer posttraumatischen Belastungsstörung eingeholt.“ Die Arbeit der Selbsthilfegruppen sei deshalb dringend notwendig. „Wir sind dankbar für jeden, der uns ehrenamtlich unterstützen möchte und anderen von unserer Idee erzählt. Natürlich freuen wir uns auch über Spenden“, sagt Krause-Wloch, die außerdem im SoVD aktiv ist und dort den Ortsverband Oldendorf leitet.

Die ehemalige Krankenschwester kam nach ihrem Unfall, der auf dem Weg zu ihrer Nachtschicht passierte, zum SoVD. Bei dem Unglück erlitten 22 Prozent ihrer Haut Verbrennungen dritten Grades – unter anderem im Gesicht, an Beinen und Armen. „Ich habe mich damals beim SoVD beraten lassen, als es um meine Schwerbehinderung ging“, sagt die Vorsitzende. Und weil der Verband sich zudem im gesundheitspolitischen Bereich engagiert, ist der Bundesverband für Brandverletzte auch kooperatives Mitglied.

Informationen zum Verband gibt es im Internet (www.brandverletzte-leben.de) oder telefonisch unter 05153/964429. sj



Niedersachsen

UPD: Kompetente Beratung

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) berät neutral, kostenfrei und kompetent rund um das Thema Gesundheit, unter anderem zur Patientenverfügung, zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und zum Verdacht auf Behandlungsfehler. Nach einer zehnjährigen Modellphase wurde die UPD 2011 in das Regelangebot der gesetzlichen Krankenkassen überführt. Noch bis 2016 wird das Angebot mit mehr als fünf Millionen Euro jährlich gefördert. Die Bundesregierung hat nun einen ersten Erfahrungsbericht über die Arbeit der UPD veröffentlicht. Das Ergebnis: Die UPD berät qualitativ hochwertig und wird von Ratsuchenden gerne genutzt. Außerdem ist die Beratung der Untersuchung zufolge freundlich, verständlich und zuverlässig.

Für die Erhebung hat das IGES Institut im Auftrag der Regierung Nutzer der UPD befragt und selbst auch Testanrufe getätigt. Dabei haben die Ratsuchenden die Neutralität und die Wichtigkeit der Beratung sehr positiv beurteilt. „Wir freuen uns natürlich, dass die kompetente Beratung der UPD so gut bewertet wird“, sagt Meike Janßen, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Der niedersächsische SoVD ist Träger der hannoverschen UPD-Beratungsstelle. „Allerdings finden wir es

auch wichtig, dass dabei Verlässlichkeit gewährleistet wird. Deshalb sollte der Förderzeitraum von fünf auf zehn Jahre ausgedehnt werden“, fordert Janßen. Außerdem müsse die Zahl der regionalen UPD-Beratungsstellen erhöht werden. Derzeit gibt es deutschlandweit 21 Anlaufstellen, lediglich zwei davon befinden sich in Niedersachsen (Göttingen und Hannover). „Damit kann keine wohnortnahe Versorgung stattfinden. Dazu müsste es mindestens 31 Büros geben“, bekräftigt SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke.

In Hannover findet die UPD-Beratung in der Herschelstraße 31 statt, wo Elke Gravert, Heike Kretschmann und Guido Klumpe montags bis mittwochs von 9 bis 13 Uhr sowie dienstags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 14 bis 18 Uhr persönlich zur Verfügung stehen. Außerdem können Interessierte das bundesweite Beratungstelefon unter Nummer 0800/0117722 (kostenlos aus dem Festnetz) anrufen. Weitere Informationen gibt es zudem im Internet unter www.unabhaengige-patientenberatung.de. sj



Niedersachsen

Hartz-IV-Empfänger nicht unter Generalverdacht stellen

Die Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher in Niedersachsen haben deutlich zugenommen. Auslöser sind in den meisten Fällen Meldeversäumnisse – also das Nichterscheinen zu einem Termin. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 19 Prozent mehr Sanktionen verhängt als noch 2011.

„Wer – so wie unser Verband – täglich in der Beratung mit Hartz-IV-Empfängern zu tun hat, weiß, dass in den meisten Fällen kein böser Wille hinter diesen Versäumnissen steckt“, betont der niedersächsische SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer.

Vielmehr seien sie auf die hohe Bürokratie oder auch auf die oft sehr kurzfristige Fristsetzung der Jobcenter zurückzuführen. „Dabei handelt es sich aber nicht um Betrug oder Leistungsmissbrauch. Hartz-IV-Empfänger dürfen auf keinen Fall unter Generalverdacht gestellt werden.“ Immerhin betreffen sie nur einen kleinen Teil der Leistungsberechtigten – nämlich lediglich 5,4 Prozent der knapp 170000 Hartz-IV-Empfänger in Niedersachsen. Der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zufolge sind die Bezüge um jeweils etwa 115 Euro gekürzt worden.

Den Vorschlag der Sozialministerin Cornelia Rundt, die Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger auszusetzen, befürwor-

det Niedersachsens größter Sozialverband. „Die Sanktionsregelungen müssen angesichts der gravierenden Auswirkungen für Betroffene dringend entschärft werden. Schließlich soll es ja darum gehen, Hartz-IV-Empfänger schnellstmöglich wieder in einen Job zu bringen“, so Bauer. Dies ginge nicht über Bestrafungen. Im Hinblick auf die grün-rote Bundesratsinitiative der Landesregierung sagt Bauer: „Das

wäre eine gute Gelegenheit für die SPD im Bund, die zutiefst unsoziale Politik der Agenda 2010 wenigstens um ein kleines Stück zu verbessern.“

Der SoVD-Landesverband berät in seinen etwa 60 Beratungszentren in ganz Niedersachsen unter anderem rund um das Thema Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Eine Übersicht der Beratungszentren ist im Internet unter der Adresse www.sovd-nds.de abrufbar. sj



Foto: Stefanie Jäkel

Die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit und auch Kommunen sind zuständig für die Zahlung von Leistungen an Hartz-IV-Empfänger.